

Nichts ist mehr, wie es war

Hans Dieter Baroth, geb. 1937 in Oer-Erkenschwick, gelernter Bergmann, Gewerkschaftssekretär, Journalist und Autor, lebt zur Zeit im Osten Berlins.

I.

Es sieht aus wie in den ungunstigen Zeiten der alles beherrschenden SED: Im Juni 1991 pflegten Schüler mit umgebundener Schürze morgens an der Umzäunung der wuchtig gebauten Schule im Neubauviertel von Berlin-Ahrensfelde, dem äußersten Zipfel der Hauptstadt, ein paar spärlich erblühte Pflanzen und graben die märkische Erde um. „Schulgartentag“, so heißt die Unterrichtsform noch immer. Die Kinder sollen erfahren lernen, daß die Milch nicht nur aus dem Kaufhaus kommt und daß sie Verantwortung übernehmen können, zumindest für einige Quadratmeter bepflanztem Boden. Die wenigen, die in diesem Viertel, das zu der in Plattenbauweise hochgestanzten Trabantenstadt Marzahn gehört, noch Arbeit haben, stapfen schweigend vorbei an einem Wohnmobil, das zu einer Pommies- und Seltersbude umgewidmet wurde, in Richtung S-Bahnhof. Sie können den Gesprächen der emsig hegenden Kinder lauschen: „Ich habe einen Onkel, dem haben sie gestern gekündigt. Die waren so feige, die haben dem das nicht einmal ins Gesicht gesagt. Das haben sie schriftlich gemacht.“

Eine besondere Reaktion ist bei den Vorbeiziehenden nicht zu registrieren. Die Schüler wie die Erwachsenen wissen nicht, daß die bittere Kündigung im Grunde der Schriftform „bedarf“. Den Neubürgern ist beides bisher nicht bekannt gewesen: Kündigungen in so massenhafter Form und die gesetzlichen Vorschriften. Der Bursche bei Marzahn legte die Form als eine besondere Art von Dreckigkeit aus. Und viele in seiner Umgebung auch. Denn früher galt: Die Partei, der der Staat gehört, sorgt von der Geburt bis zur Veteranenbetreuung für den DDRler. Alles war reglementiert, aber auch geregelt. Das hat

die Menschen geprägt, sie unselbständig, oft auch bedrückend angepaßt und sogar untertänig gemacht. Und nun hagelt es auf sie wie mit Kolbenhieben nieder. Am selben Tag meldet die „Berliner Zeitung“, daß in den nächsten Wochen die Kosten für die städtischen Verkehrseinrichtungen um 800 Prozent steigen werden. Die Wohnungen werden neu vermessen. „Jeder Quadratcentimeter zählt demnächst“, erläutert eine in der Hauptstadt zweimal täglich erscheinende Boulevardzeitung. Das heißt: Nichts wird mehr großzügig praktiziert, für alles muß hartes Geld bezahlt werden. In die einst sehr begehrten Wohnungen der Hochhäuser auf der Fischerinsel im Zentrum von Ostberlin will kaum jemand ziehen - die Angst vor der Mietexplosion schreckt. Zu mietende vier Wände bekommt der Suchende in der ehemaligen Hauptstadt der DDR nur, wenn er selbst eine andere Wohnung dafür anbietet. Wer in einer kleinen Bleibe am Stadtrand hockt, bleibt abwartend in der Enge, tauscht nicht in die größere auf der Fischerinsel. In Eisenhüttenstadt stehen ganze Etagen in den einst so begehrten „Arbeiterschließfächern“, wie die Behausungen in den Plattenhochhäusern ironisch genannt wurden, zur Zeit leer. Und das in einer Region, wo akuter Wohnraummangel herrscht. Gelegentlich wird in der aus dem Boden gestampften Stahlstadt auf sehr makabre Weise eine der Wohnungen frei: Wiederholt stürzten sich Arbeitslose vom zehnten Stock in die Tiefe.

Das „Neue Deutschland“ hat recherchiert, daß die Selbstmordrate in der weggewählten DDR bedrückend gestiegen sei. Zwar galt der angeblich erste Staat der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden schon immer als eine Region mit hoher Selbsttötungsrate, aber nun ist sie noch weiter gestiegen. Eine korrekte Polizeistatistik über die Motive wird nicht geführt. „Familiäre Probleme“, so lautet oft die Eintragung nach einem Selbstmord. Was ist das? Ausweglosigkeit wegen Arbeitslosigkeit? Angst, die Wohnung zu verlieren? Die vermeintliche Blamage vor den Kindern? In Dresden weiß der Sekretär des DGB von einem Waldarbeiter, der sich das Leben nahm, weil ihn seine Arbeitssituation zu diesem Schritt getrieben hat. Ein Waldarbeiter, der in die sogenannte Warteschleife gekommen ist, dem haben „sie“ seine Lebensgrundlage genommen - den Wald. Warteschleife heißt: für einige Monate verminderter Lohn und dann ab, ohne jede formelle Kündigung, in die Arbeitslosigkeit. Für ihn bedeutete das: Arbeit, wenn überhaupt, nicht mehr im Wald. Er konnte und wollte so nicht mehr leben.

Nichts ist mehr, wie es einmal war. Während 1990 noch das Wort des Dichters und ersten Kulturministers der DDR, Johannes R. Becher in aller Munde war: „Deutschland einig Vaterland“, heißt es nun ständig: Nichts ist mehr, wie es einmal war. Alles ist neu: die Art der Sozial- und Rentenversicherung; die unterschiedlichen Möglichkeiten der Autoversicherung; der bargeldlose Zahlungsverkehr; der Euroscheck; Plastikgeld mit Zahlkarten; Mietabzug vom Konto - überhaupt Kontoabzüge durch Dritte; immer mehr Behördengänge, deren Sinn nicht erkennbar wird; andere Schulsysteme; Geld für die Müllabfuhr; unterschiedliche Krankenversicherungen - alles im täglichen Leben ist

dramatisch anders, komplizierter geworden: Nichts ist mehr, wie es einmal war.

Zwar ist unstrittig, daß die Regierung der DDR Angaben über die Kriminalität grob fälschen ließ und nach unten manipulierte, dennoch ist objektiv richtig, daß die Zahl der Delikte springfluthaft angestiegen ist. Eigentumsdelikte, also Einbrüche, sind in Hamburg zurückgegangen, in Schwerin, Rostock und Berlin angestiegen. In der dem Menschen eigenen Art der Verniedlichung der Vergangenheit erzählen die „Neubürger“ nun, früher hätten sie die Wohnungstüren nicht verschließen müssen. Tatsache ist: Zerstörungswut und Gewalt nehmen zu, Ergebnisse von Vandalismus sind an jeder Ecke zu sehen. Und während diese Zeilen geschrieben werden, kommt ein Anruf vom DGB in Dresden, das Dienstfahrzeug, ein Wartburg, sei aufgebrochen worden. „Das ist ja hier in der Stadt ganz schlimm geworden,“ berichtet die Sekretärin ungefragt am Telefon. Nichts ist mehr, wie es einmal war.

„Die Geschichte verläuft subjektiv“, sagt die stellvertretende Leiterin der Heinrich-von-Kleist-Forschungsstätte in Frankfurt an der Oder. „Sie kennt keine Gerechtigkeit.“ Sie selbst sei, meint die Frau, wie viele aus der DDR, nun zu alt, um noch einmal in dem neuen, viel härteren System Karriere machen zu können. Da müsse man sich irgendwie bescheiden und versuchen, ohne Ansprüche über die Runden zu kommen. In ihrer Frankfurter Umgebung beobachtet sie, daß die Menschen sich nun mehr auf äußere Dinge, wie Auto oder Kleidung, konzentrieren. „Wir hatten hier in der Stadt früher einen Millionär. Den kannte jeder. Der war Handwerker. Aber der hatte nicht viel davon. Er hatte ein Haus, einen Lada, aber er konnte sich von den anderen kaum absetzen. Jetzt kann er das.“ In das Haus der Forschungsstätte, in dem der Preuße von Kleist einst als Offizier ausgebildet wurde, kommen nun wieder mehr „Bürgerliche“: Sie besuchen die dortige literarische Ausstellung, um am Arbeitsplatz mit „ein paar Klassiker-Zitaten“ auf sich aufmerksam machen zu können.

Eine Frau, die wenige Wochen bei „Arbeit und Leben“ in Ostberlin als Sekretärin gearbeitet hat und ihren Job verlor, nachdem die Außenstelle der Einrichtung hier geschlossen wurde, verabschiedet sich mit Tränen in den Augen. Sie ist mit 57 Jahren ein Jahr jünger als ihr arbeitsloser Mann. Für ein Baukombinat hätten sie sich verschlissen. Da ihr Mann nicht in der Partei war, kam er im Unternehmen nie an eine sehr einflußreiche Position. Wintersport in der damaligen CSSR und Urlaube auf Hiddensee, ein kleines Gartenhaus vor den Toren Berlins in den Wäldern der Uckermark, sozusagen als Flucht-Refugium. Sie lebten in den engen Grenzen einer für sie überschaubaren Welt. Die ist nun weg. Ihr Ehemann habe noch wichtige Vorarbeiten gemacht, dann sei ihm gekündigt worden. Der Betriebsleiter, einst von der Partei auf seinen Stuhl gehievt, wurde vom neuen Unternehmer in Brot und Arbeit gelassen. Vorruhestand - lautet eine Zauberformel aus Bonn. „Wissen Sie, was dieser Vorruhestand für uns bedeutet? Wir werden nie eine schöne Reise machen, und mein Mann oder ich werden uns nie einen Westwagen

kaufen können, keine gute Hifi-Anlage, nichts irgendwie Schönes." Sie werden den Rest ihres Lebens mit Billigprodukten auskommen müssen, und den schönen Schein der Welt werden sie nur im Werbefernsehen konsumieren können. „Besuchen Sie Hiddensee, bevor daraus ein Sylt gemacht worden ist." Dann stürzt sie aus dem Büro. Es ist zu hören, daß sie eilig in der Toilette verschwindet, um dort die feuchten Augen zu trocknen. Später treffe ich sie noch einmal in Berlin: Sie ist auf Arbeitssuche.

II.

In Ostberlin wurden im ersten Viertel des Jahres Eins der neuen bundesdeutschen Zeitrechnung 6400 weniger Babys geboren als in vergleichbaren Zeiträumen zu DDR-Zeiten. Daraus macht eine Boulevard-„Zeitung" ihre Schlagzeile. Die zwanzigjährige Kathrin Giefnow im Oskar-Ziethen-Krankenhaus wird mit dem frischen Schreihals auf dem Arm abgebildet und so zitiert: „Obwohl ich auf Kurzarbeit war, freute ich mich riesig auf mein Baby." Die (Ost)„Berliner Zeitung" macht mit der ironischen Schlagzeile auf: „Ossis werden immer weniger." Weiter heißt es: „Die Bevölkerung in den neuen Bundesländern nimmt rapide ab. Die Geburtenrate ist auf den niedrigsten Stand seit 40 Jahren gesunken. Monatlich siedeln überdies Zehntausende in den Westen." Es sind die Spitzenkräfte, gut ausgebildete Fachleute, die im Westen gesucht werden. Wer bleibt, gehörte früher angeblich einmal zum Rückgrat der Partei: die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken. Sofern sie dort noch hineindürfen. Dann wird der drastische Rückgang an Geburten kommentiert: „Kann man es jedoch gegenwärtig einem Paar im Osten des Landes verübeln, wenn es sich ohne jegliche Hoffnungsschimmer auf ein halbwegs gesichertes Familienleben gegen ein Kind entscheidet? Wer sollte sich dieses anmaßen, da doch schon so viele Versprechen für soziale Verbesserungen den Bach runtergegangen sind. Man denke nur an das mehr als schmale Kindergeld von bislang nur 50 Mark fürs erste Kind, an fehlende Arbeitsplatzgarantien für junge Mütter, an die unsichere Zukunft vieler Kindertagesstätten."

Als es die DDR noch gab, war die Betreuung der Kleinen in den Kindergärten kostenlos. Nur so war auch die hohe Beschäftigungsquote von Frauen möglich. Für die Mahlzeiten wurden 25 Mark im Monat von dem Nickelgeld gezahlt. Das war es dann. In den Neubaugebieten hießen die Einrichtungen Kinderkombinate, Kiko nannten die Neubürger sie, dem Kürzeltrieb folgend, der in der DDR üblich war. Hatten Schulen keine Speiseräume, konnte sich der Nachwuchs der Arbeiter und Bauern preiswert in den Klubgaststätten ernähren, die in die Neubauviertel, auch Arbeiterintensivhaltung genannt, gesetzt waren. Doch auch die werden nun „abgewickelt", und die preiswerte Ernährungsquelle entfällt. Die neuen Kindertagesstätten, nun Kita genannt, sollen in Berlin noch in diesem Jahr 60 Mark pro Kopf kosten. Inzwischen können einige Eltern das Geld für die Mahlzeit nicht mehr aufbringen, und so entstand unter den Kleinsten plötzlich eine Zweiklassengesellschaft: Die einen bekommen ein warmes Essen, die anderen müssen ihre Stullen auspacken.

„Optimismus ist Mangel an Information“, so zitiert „Neues Deutschland“ einen Informatiker aus Leuna. Stückchenweise wird dort entlassen. Angeblich wollen Bundesregierung und Treuhand es so, um soziale Unruhen im Raum Bitterfeld, Halle, Leuna und Merseburg zu verhindern. Im Betrieb kämpft nun jeder gegen jeden - die in der Mangelwirtschaft praktizierte Solidarität ist hin. Sie war aus der Entbehrung geboren, Ergebnis der Tauschwirtschaft. Wo nichts mehr so ist, wie es einmal war, wird der vergangene Zustand verklärt.

In der angesehenen Zeitschrift „Wochenpost“, einem DDR-Blatt, dessen Abonnement früher in den Familien vererbt wurde, weil sie so gefragt war, schreibt die in Berlin-Lichtenberg (Ost) tätige Psychologin Annette Simon: „Daß die Frauen nun im Umbruch auch noch die ökonomische Eigenständigkeit verlieren, ist wirklich tragisch. Denn sie geht verloren, ohne daß schon feministisches Bewußtsein hätte wachsen können. Die Frauen finden sich jetzt am Herd wieder, ohne ihr Unglück so richtig erfassen zu können. Ich sehe die Gefahr, daß sie es wieder nur als persönliches Versagen begreifen, ohne das System dahinter zu durchschauen. Vieles wird jetzt nur in Schlammkämpfen in den Familien mit den Männern und den Kindern ausgetragen. Oder in der Krankheit. Ich glaube nicht, daß die Gründe für weibliches Verrücktsein zwischen Ost und West grundlegend differieren, aber in dem Beschriebenen meine ich doch, einige DDR-Spezifika erkannt zu haben.“

Annette Simon überschrieb ihren Beitrag: „Was Frauen verrückt macht.“ Im Vergleich zwischen den Krankheiten der Seele in der DDR und der nun erweiterten BRD erkennt sie für das „Beitrittsgebiet“: „Viele meiner Patientinnen kommen über Jahre zu mir. Oft geht es dann weniger um die Therapie. Wichtiger ist der Kontakt. Nicht in den aufreibenden Umbruchzeiten Ende 1989 wurden die Patientinnen erneut krank. Gerade im letzten halben Jahr häufen sich die Wiedererkrankungen. Ihre existentielle Angst ist ungemein groß. In der DDR blieb ihnen selbst als Invaliden die Möglichkeit zu arbeiten. Es gab bei uns wirklich nicht die große Zahl sozial abgestiegener Psychotiker wie in den alten Bundesländern. Jetzt sind fast alle meiner Patientinnen arbeitslos oder vom Verlust ihres Arbeitsplatzes unmittelbar bedroht. Diese sowieso meist schon sozial isolierten Menschen büßen ihre einzigen, für sie wichtigen sozialen Kontakte ein [...].“

Die unterschiedlichsten Anträge und Fragebögen sind auszufüllen, die Amtssprache versteht kaum jemand. Es ist, als ob wir, freiwillig oder nicht, in ein anderes Land umgezogen wären und trotzdem in der alten Wohnung wohnen würden. Wirklich über Nacht wurden wir in eine andere gesellschaftliche Realität versetzt. Auf Menschen, die schon die Unsicherheit darüber in sich tragen, wer sie sind und wie sie sich von anderen abgrenzen können, wirkt dieser abrupte Wandel enorm bedrohlich. Fast alle meine Patientinnen gehen trotz der geöffneten Mauer so gut wie nie nach Westberlin. Zu fremd, zu unbekannt und zu ängstigend ist diese Welt für sie.“

III.

„Neues Deutschland“, jüngst noch zusammen mit der ehemaligen Blockflötenzeitung „Neue Zeit“ (CDU) für den literarischen Teil ausgezeichnet, beschreibt zuweilen stimmungsvoll - anders als früher - die Seelenlage der Bürger in der weggewählten DDR. Einhundertsechzig Jahre gab es in Sichtweite des Kyffhäuser, in Bad Frankenhausen, eine florierende Knopfindustrie: „Man lebte nie üppig in der kleinen Stadt. Der große Boom ist zu allen Zeiten und unter allen Systemen an ihr vorbeigegangen. Doch es ließ sich leben. Was ihnen fehlte in den letzten Jahrzehnten hat auch den anderen gemangelt im Land, politische Wahlfreiheit und Freizügigkeit. Also schickten sie sich drein und machten ein bißchen die ganze Stadt zu ihrer Nische mit ihren mühevoll adrett gehaltenen kleinen Häuschen und ihren Gärten, und natürlich murrten sie zunehmend, wenn sie zentralen Entscheidungen auch noch Beifall spenden und um einen anständigen Sonntagsbraten bis nach Sömmerda oder Sondershausen fahren sollten, und im neunundachtziger Oktober waren sie mit anderen ziemlich laut auf dem Markt, wo sie vier Wochen zuvor ziemlich apathisch Hager und Sindermann zugehört, die sich der Einweihung des Tübke-Bilds wegen hierher verlaufen hatten.“ Nichts ist mehr, wie es einmal war. Auch das „Neue Deutschland“ nicht mehr.

ND-Autor Rainer Kerndl schreibt über Bad Frankenhausen im Jahre Eins der neuen BRD: „Ich bin dieser Tage durch die leeren Räume eines der Betriebsteile vom - eben noch - VEB Format gegangen. Was mir Paul Ehrenberg, einer der - eben noch - Direktoren erzählte, hallte eigenartig verloren in den verwaisten Hallen. Nicht nur die Arbeiter fehlten. Frisch abgeräumte Leerflächen erinnerten nur noch an die modernen Fabrikationsautomaten der italienischen Firma Bonetri, schnell weggeholt von eiligen Käufern. Filetstücke als Häppchen? Der Betrieb wird ausgeschlachtet. Die Stille dort macht einen wortkarg. Die Gesichter der wenigen, die da noch werkeln, sind verschlossen. Noch vor ein paar Monaten waren's an die fünfhundertsechzig.“

Das Blatt hält fest, daß mit der Einführung der westdeutschen Mark den Frankenhäuser Knopf herstellern der Markt weggebrochen sei, wie bröckliges Gestein bei einem Sturzregen. „Die sowjetischen und mongolischen Abnehmer konnten nicht mehr bezahlen.“ Selbst gültige Verträge hatten plötzlich den Wert einer abgerissenen Kinokarte.

In der Nähe, in Sangerhausen, ist der Bergbau abgesoffen. Schon Luthers Vater war hier Kumpel. Nun stehen die Bergwerke wie bizarre Denkmale in der Mansfelder Landschaft. Zum 1. Mai hatte der DGB-Sekretär von Sangerhausen die Kinder der Region zu einem Malwettbewerb aufgerufen. Was in dem alten, verwinkelt gebauten und verwohnten Gewerkschaftshaus ausgestellt ist, sind düstere Zeichnungen der Kleinen. Arbeitslosigkeit, Angst, Not - das waren die Themen des Nachwuchses um Sangerhausen. Kinder sind empfindsamer und lassen sich nicht durch das Werbefernsehen und Reden des Bundeskanzlers beeindrucken. Wenn der „Einheitskanzler“ abgebildet ist,

dann immer sehr fett und dick, als erkennbarer Repräsentant aus dem fernen Puddingland.

Und doch ist die Seelenlage nicht nur düster. So wie sie waren, wünscht sich wohl keiner die alten Zeiten zurück, nicht einmal die eloquenten Vertreter der PDS. Es sind nicht viele, die sich zu Weiterbildungsangeboten melden. Sie hoffen - wie sie es gewohnt waren - daß schon irgendwie für sie gesorgt wird. Auch die Verschleierung der Arbeitslosigkeit durch Bezahlung von 90 Prozent des Gehalts bei Kurzarbeit, die hier meist gleich Null ist, ist so eine gern gesehene Art der Sorge des Staates für die Bürger. Und viele sind selbst bei den geringen Einkommen im Kauf rausch. Die frühere DDR ist wohl die Region mit den meisten Würstchenbuden auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet - das dürfte Rekord in Europa, wenn nicht gar in der Welt sein. Die Flaniermeile von Marzahn, die fast ausschließlich dem Kaufhof gehört, gibt ein farbiges Bild. Mit eigenartig verklärten Blicken, fast süchtig, wird möglichst Buntes aus dem Westen gekauft. So schnell wie möglich möchte der „Ossi“ nicht mehr an der Kleidung erkannt werden. Aber die meisten kleiden sich nun nicht farbig, sondern bunt. Und so manche Maid, vor zwei Jahren noch im Blauhemd der FDJ, die jetzt keck aussehen will, wirkt unfreiwillig nuttig. Noch fehlt die innere Sicherheit.